DEINE STIMME GEGEN ARMUT

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-ORGANISATIONEN e.V.

ICH GEB' ALLES

MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT DURCHSETZEN – BEI UNS UND WELTWEIT!

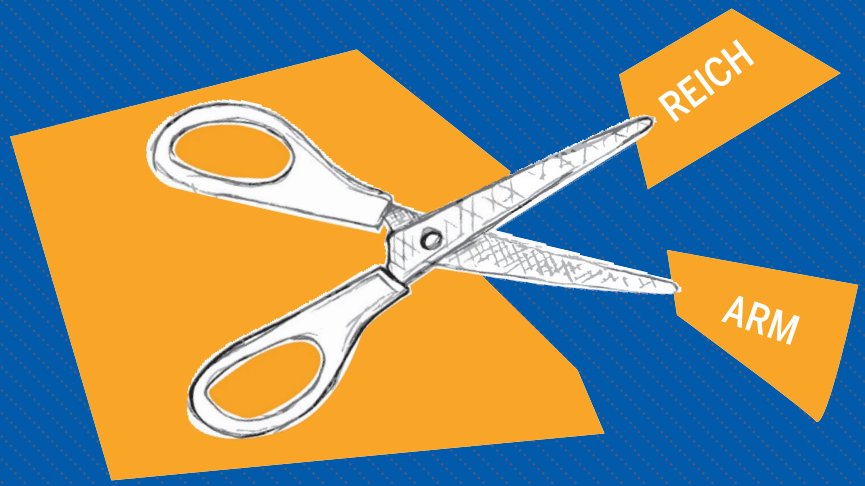
Arbeit muss menschenwürdig sein

Ein Slogan wie „**Sozial ist, was Arbeit schafft**“ wird gerade in Wahlkampfzeiten wieder populär. Sozial ist Arbeit allerdings nur dann, wenn sie auch menschenwürdig ist. Dafür hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Kernarbeitsnormen festgelegt, so beispielsweise für einen **angemessenen Lohn**. In vielen Ländern werden diese Mindestanforderungen nicht erfüllt. Teilweise leiden Menschen unter äußerst **miserablen Arbeitsbedingungen**.

Weil ein angemessener Arbeitslohn die Chance bietet, der Armut zu entkommen, engagieren wir uns für faire Bedingungen. Dies gilt weltweit – inzwischen auch wieder bei uns in Deutschland: Denn die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich überall immer weiter. Wir finden, **jeder muss vom Lohn seiner Arbeit leben können**! Das ist längst nicht selbstverständlich. Doch Entwicklung fängt genau hier an: bei uns genauso wie in armen Ländern.

Deshalb haben wir für Dich diese Broschüre zusammengestellt: Sie beschreibt die wichtigsten Fakten zum Thema menschenwürdige Arbeit und bietet damit eine gute Grundlage für Gespräche und den Kontakt zu Deinen Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl. Werden sie gewählt, haben sie die Möglichkeit, unsere Forderungen zu unterstützen. Informiere sie darüber, dass Dir dies bei Deiner Wahlentscheidung wichtig ist!

Ulrich Post, Vorstandsvorsitzender VENRO



Arbeit gegen die Armut?

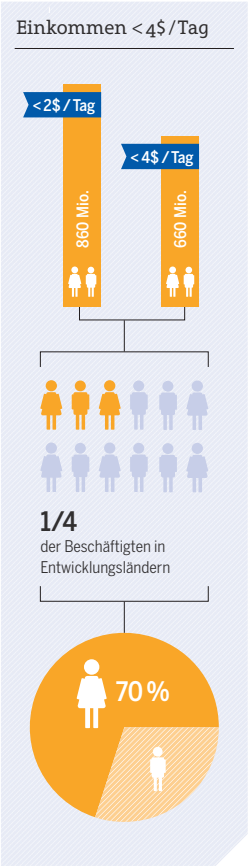
Jobs zu schaffen, gilt als ein wichtiges Instrument zur Armutsbekämpfung. Aber zu denken, dass Arbeit vor Armut schützt, ist ein Mythos. Das zeigt schon ein Blick auf die aktuellen Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO): **Im Jahr 2011 lebten mehr als 860 Millionen Beschäftigte weltweit unterhalb der Armutsgrenze von zwei Dollar pro Tag. Dazu kommen mehr als 660 Millionen Beschäftigte, die mit weniger als vier Dollar pro Tag leben müssen.** Zusammen macht dies mehr als ein Viertel der Beschäftigten in Entwicklungländern aus. Diesen Menschen ist es unmöglich, von ihrem Arbeitslohn ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Unter den so genannten „working poor“ gibt es einen Anteil von 70 Prozent Frauen.

Und die fehlende finanzielle Sicherheit ist nicht das einzige Problem: **Fast 21 Millionen Menschen werden bei der Arbeit unter sklavenähnlichen Bedingungen ausgebeutet**. In der Mehrheit handelt es sich um Mädchen und Frauen und darunter oft – aber keineswegs ausschließlich – um Mitglieder besonders verletzlicher Gruppen wie Migrantinnen und Indigene. Häufig findet diese extreme Form der Ausbeutung versteckt statt – in privaten Haushalten, in der Landwirtschaft, auf Fischtrailern oder unübersichtlichen Baustellen. Auch Frauenhandel, Zwangsprostitution und Sexarbeit gehören dazu.

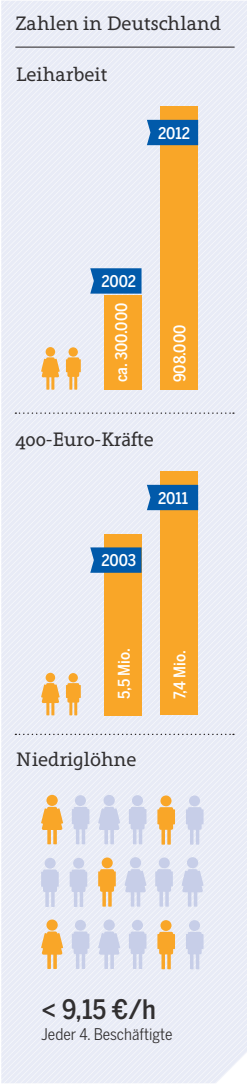
Kinderarbeit kann eine Form der Zwangsarbeit sein, oft müssen Kinder aber auch zum Lebensunterhalt der Familie beitragen. Insgesamt gehen 215 Millionen Jungen und Mädchen zur Arbeit statt zur Schule.

An vielen Arbeitsplätzen lässt auch die gesundheitliche Sicherheit zu wünschen übrig: **Täglich sterben rund 6.300 Menschen nach Arbeitsunfällen oder an Krankheiten**, die sie sich im Zusammenhang mit der Arbeit zugezogen haben. Diese Zahl ist seit Jahren konstant.

Aber nicht nur in den Entwicklungsländern leiden Menschen unter Arbeitsarmut. **Auch in Deutschland können viele von ihren Jobs nicht menschenwürdig leben.**



Und in Deutschland?



Entwicklung muss auch in Deutschland stattfinden. Die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit und menschenwürdigen Arbeitsplätzen gehört definitiv dazu. Zwar hatten seit der Wiedervereinigung in Deutschland noch nie so viele Menschen – nämlich 41,6 Millionen – eine bezahlte Arbeit wie im Jahresschnitt 2012. Die offizielle Arbeitslosenquote lag bei 6,8 Prozent. In Deutschland wird also alles besser?

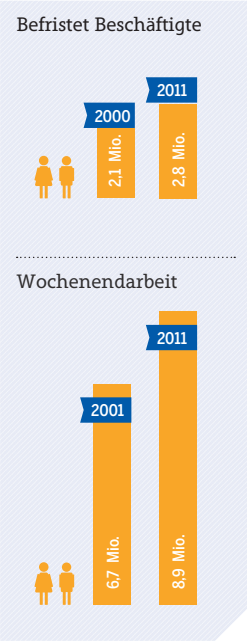
Das Problem: Die blanke Zahl sagt nichts darüber aus, ob die Menschen von ihrem Lohn leben können, ob die Rente sicher ist, ob sie zufrieden sind. Tatsächlich ist in Deutschland nicht nur die Zahl der Erwerbstätigen gewachsen, sondern auch die der prekär Beschäftigten sowie der Niedriglöhnerinnen und Niedriglöhner.

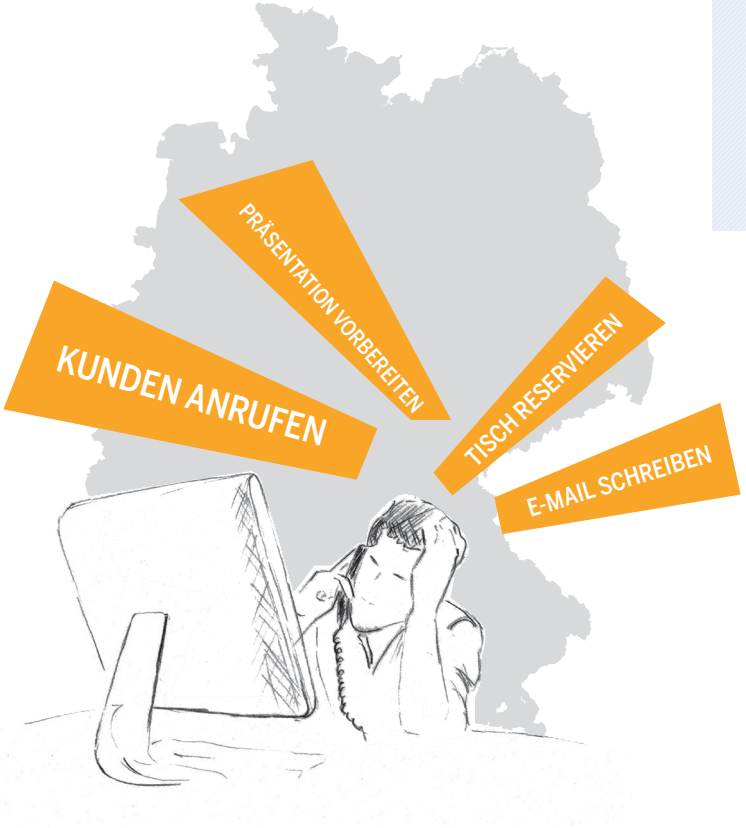
Leiharbeit: Im Juni 2012 gab es in Deutschland 908.000 Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter, dreimal so viele wie noch zehn Jahre zuvor. Im Jahre 2003 hat die damalige rot-grüne Bundesregierung die Leiharbeit als Instrument zum „Wiedereinstieg in das Berufsleben“ erklärt. Nur: Weniger als zehn Prozent der Beschäftigten in der Leiharbeit werden laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen. Das Instrument hat nicht funktioniert.

Minijobs: Auch die Minijobs wurden 2003 als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt eingeführt. Minijobberinnen und -jobber sollten möglichst schnell eine andere, besser bezahlte reguläre Arbeit finden. Erreicht wurde dieses Ziel nicht: Gab es 2003 noch 5,5 Millionen 400-Euro-Kräfte, waren es 2011 bereits 7,4 Millionen. Darunter vor allem: Frauen. Seit dem 1. Januar 2013 dürfen Minijobberinnen und -jobber 450 Euro verdienen. Sie müssen dann keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, haben aber auch keinen eigenen Sozialversicherungsschutz. Für viele gelten Minijobs als Armutsfalle. So mancher würde gerne mehr arbeiten, bekommt aber keinen anderen Job.

Niedriglöhne: Ohnehin sind viele Jobs derzeit schlecht bezahlt: So arbeitet mittlerweile fast jede und jeder Vierte für einen Verdienst unter der statistischen Niedriglohnschwelle von 9,15 Euro brutto in der Stunde. Gut 4,1 Millionen verdienen weniger als 7 Euro.

Zudem stieg die Zahl der befristet Beschäftigten zwischen 2000 und 2011 von 2,1 auf 2,8 Millionen Personen. Auch müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer flexibler sein: **2011 arbeitete jeder und jede Vierte – rund 8,9 Millionen Menschen – ständig oder regelmäßig am Wochenende.** 2001 waren es nur 6,7 Millionen. Kein Wunder, dass immer mehr Beschäftigte über Stress klagen. Ständig erreichbar sein, mehrere Dinge gleichzeitig erledigen – jede und jeder Zweite steht nach eigenen Angaben unter permanentem Termin- und Leistungsdruck. Das zeigt der „Stressreport Deutschland 2012“ der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.





Sichere und menschenwürdige Arbeit

Das Problem, dass Menschen in Deutschland und weltweit unter unwürdigen Arbeitsbedingungen tätig sind, ist erkannt worden. 1999 hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), in der Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammenarbeiten, deshalb ein Programm aufgestellt, das sie „**Decent Work Agenda**“ nennt. „**Decent Work**“ wird im Deutschen mit „**menschenwürdige Arbeit**“ übersetzt, obwohl der Begriff noch mehr meint. Das Programm zielt darauf:

1. Weltweit soziale Mindeststandards wie das Verbot von Zwangsarbeit und Kinderarbeit, die Beseitigung von Diskriminierung oder die Vereinigungsfreiheit sowie das Recht auf Verhandlungen durchzusetzen (die so genannten Kernarbeitsnormen).

2. Menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten mit einem Einkommen zu schaffen, das es erlaubt, sich aus der Armut zu befreien.

3. Die soziale Absicherung zu stärken.

4. Die Möglichkeiten zu verbessern, sich durch sozialen Dialog an der Gestaltung der Arbeitswelt zu beteiligen, das heißt das Recht, sich in Gewerkschaften oder Genossenschaften zu organisieren.

Inzwischen gilt die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit nicht nur bei der ILO als entscheidender Beitrag, wenn es darum geht, die globale Armut zu verringern. Die Vereinten Nationen haben sie 2008 neu als Unterziel in ihre 2001 verabschiedeten Millenniumsentwicklungsziele (MDG) aufgenommen. Leider wurde das Unterziel stiefmütterlich behandelt. Deswegen muss es unbedingt in die neuen globalen Entwicklungsziele aufgenommen werden. Auch die Europäische Kommission und die G8, die Gemeinschaft der acht größten Industrieländer, haben das Thema aufgegriffen. Der Internationale Gewerkschaftsbund organisiert seit 2008 **jährlich am 7. Oktober den Welttag für menschenwürdige Arbeit**.

Deine Stimme gegen Armut fordert zur Bundestagswahl 2013:

Die zukünftigen Abgeordneten des Deutschen Bundestags müssen sich dafür einsetzen, dass alle Menschen sozial abgesichert sind und von ihrer Arbeit leben können – bei uns und weltweit.

Deshalb muss der Deutsche Bundestag alles dafür tun, dass:

1. Menschenrechte wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in internationalen Handelsabkommen verankert werden.

2. Transparenz- und Rechenschaftspflichten für Unternehmen gesetzlich geregelt werden; zu menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Bedingungen in der gesamten Produktion – vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt.

3. Menschenwürdige Arbeit und soziale Sicherung in der internationalen Zusammenarbeit eine größere Bedeutung bekommen. Der Zugang zu einer sozialen Basisversorgung für alle, egal ob in der formellen oder informellen Wirtschaft tätig, muss das Ziel sein.

4. ein gesetzlicher existenzsichernder Mindestlohn in Deutschland eingeführt wird.

5. Gleichberechtigung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz, besonders gleicher Lohn für gleiche Arbeit, durchgesetzt wird.

Jugendliche – die großen Verlierer

„Verlorene Jugend“ ist heute ein gängiger Begriff. Im internationalen Kontext wird auch von „Neets“ gesprochen – Neither in employment, education or training. Gemeint sind junge Menschen, die weder eine bezahlte Arbeit haben noch eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren. Tatsächlich gehören die Jugendlichen zu den großen Verlierern der Krise: **Weltweit sind inzwischen fast 75 Millionen junge Menschen ohne Job**, vier Millionen mehr als noch 2007.

Arbeitslose Jugendliche weltweit

Von Land zu Land sind die Unterschiede allerdings enorm: **In Nordafrika und dem Nahen Osten liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei über 25 Prozent.** Die Perspektivlosigkeit der jungen Generation, die mit ein Auslöser für die arabische Revolution war, hat sich noch nicht verbessert. In Spanien und Griechenland ist sogar mehr als jeder zweite Jugendliche ohne Job.

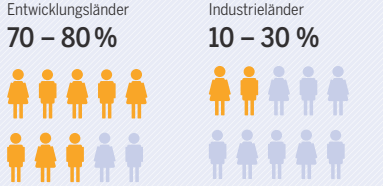
In Deutschland und der Schweiz sind es weniger als zehn Prozent – offiziell. Aber auch hier holpert es: Nach Zahlen des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind **in Deutschland 2,2 Millionen Jugendliche ohne Berufsabschluss,** ein Drittel der Ausbildungswilligen landet jährlich in Übergangsmaßnahmen, die ihnen keinen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Rund 40 Prozent der Azubis werden nicht von ihren Ausbildungsbetrieben übernommen. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat die Regierungen aufgefordert, Job-Programme für junge Menschen zu schaffen und zu intensivieren. Die EU will eine Jobgarantie: Jede und jeder junge Arbeitslose soll spätestens nach vier Monaten eine Stelle bekommen. Das soll jeder Staat aber alleine umsetzen. Und wie, ist unklar. Immerhin: Schweden ist da etwas weiter. Dort gibt es beispielsweise Steuererleichterungen für Unternehmen, die mehr Jugendliche einstellen. Das zeigt: Es lassen sich Instrumente gegen Jugendarbeitslosigkeit entwickeln.

Informelle Wirtschaft – Arbeit ohne Netz und doppelten Boden

Das Wirtschaftsleben in den meisten Entwicklungsländern ist von informeller Wirtschaft geprägt: Wenn es zu wenig Jobs im formellen Arbeitsbereich gibt, müssen die Menschen ihren Lebensunterhalt als Selbstständige verdienen. **Informelle Arbeit ist nicht registriert, nicht reguliert – und deshalb auch arbeits- und sozialrechtlich ungeschützt**. Die Menschen stellen Produkte her, die sie auf lokalen Märkten verkaufen. Sie versuchen es als einfache Dienstleisterinnen und Dienstleister wie Schuhputzerinnen und Schuhputzer, als Hausangestellte, Mikrounternehmerinnen und Mikrounternehmer oder sind in der Landwirtschaft tätig.

Weltweit arbeiteten nach Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Jahr 2009 schon 1,8 Milliarden Menschen in der informellen Wirtschaft, das ist mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung. **Am höchsten ist der Anteil in den Entwicklungsländern, in manchen Regionen umfasst er 70 bis 80 Prozent der Erwerbstätigen**, wenn man die Landwirtschaft ausnimmt. In den Industrieländern liegt er zwischen 10 und 30 Prozent, steigt aber seit der Staatsverschuldungskrise stark an.

Arbeitende in der informellen Wirtschaft



Mehr als 700 Millionen informell Beschäftigte leben von weniger als 1,25 Dollar am Tag. Das ist derzeit das Maß der Weltbank für absolute Armut. Auch von einer Rente im Alter können viele Menschen in den Entwicklungsländern nur träumen: Unter den Versicherten haben nach Angaben der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) nur um die 30 Prozent der älteren Frauen und Männer eine Rente.
Eine Lösung muss bei internationalen Handelsabkommen ansetzen. Bei jeder Verhandlung muss die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit garantierten Arbeitsrechten in der formellen Wirtschaft in den Mittelpunkt gestellt werden. Auch bei entwicklungspolitischen Konzepten muss auf eine Verbesserung der sozialen Sicherheit hingearbeitet werden: Informell Beschäftigte brauchen Zugang zu einer sozialen Basisversorgung. Dazu gehört, dass Kranke versorgt und Familien mit Kindern unterstützt werden, der Schulbesuch muss möglich, eine Grundabsicherung für alte Menschen gewährleistet sein. Der 2011 von den Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geforderte Aufbau eines sozialen Basisschutzes bietet hier eine wichtige Leitlinie.

Frauen – schlecht bezahlt, abhängig, ausgebeutet

Früher hieß es, Frauen seien „besonders betroffen“, heute reden alle vom „Gender Gap“. Beide Male geht es darum, dass die Geschlechter in der Arbeitswelt unterschiedlich gute Chancen haben – fast überall sind Frauen benachteiligt, auch wenn dies in verschiedenen Regionen auf sehr unterschiedliche Art und Weise passiert. Für gleiche Arbeit werden Frauen fast immer schlechter bezahlt. **So verdienen Frauen etwa in Deutschland 22 Prozent weniger als Männer**, wie das Statistische Bundesamt meldet. Zudem sind sie in unsicheren Arbeitsverhältnissen, das heißt prekär, beschäftigt.

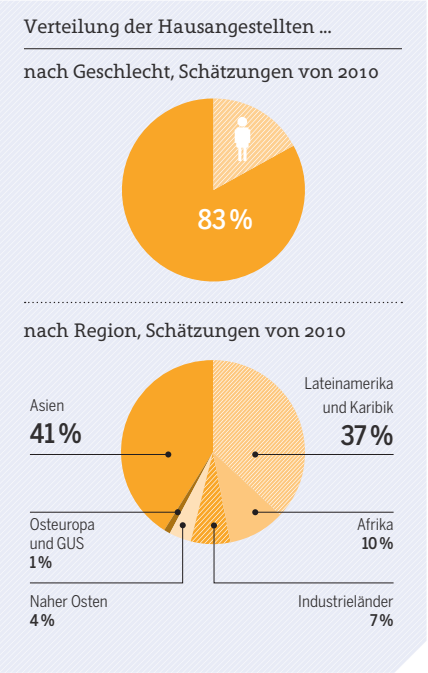
Weltweit arbeiten in Regionen mit einem hohen Anteil an informeller Beschäftigung besonders viele Frauen auf dem Feld, als prekäre Selbstständige, als Einzelunternehmerinnen oder abhängig als Heimarbeiterinnen und oft auch als unbezahlte Familienmitglieder. Zusätzlich werden Frauen immer wieder durch gewalttätige Angriffe und sexuelle Übergriffe verletzt oder traumatisiert – oft direkt am Arbeitsplatz.

Vor diesem Hintergrund wird klar, warum es nicht reicht, menschenwürdige Arbeit so zu interpretieren, dass nur die Kernarbeitsnormen

umgesetzt werden müssen. In der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik aller Länder muss berücksichtigt werden, dass Frauen öfter zwischen Phasen von Erwerbs-, Familien- oder Pflegearbeit wechseln als Männer. Daher ist es notwendig, dass für eine entsprechende soziale Absicherung gesorgt wird. Die Geschlechtergerechtigkeit und die Überwindung jeder Form von Diskriminierung muss deshalb ein Kernanliegen der weltweiten Entwicklungspolitik sein, die auch eine Regel für den Mutterschutz beinhaltet.

Hausangestellte – besonders verletzlich

Sie sind die „Unsichtbaren", deshalb kann ihre Zahl nur geschätzt werden: Nach Erhebungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) waren 2010 **zwischen 52,6 und 100 Millionen Menschen in privaten Haushalten beschäftigt**, Nichtregierungsorganisationen kommen teilweise noch auf deutlich höhere Zahlen. Im Schnitt sind mehr als 80 Prozent der Hausangestellten Frauen. Tatsächlich arbeitet mindestens jede dreizehnte erwerbstätige Frau, indem sie für andere kocht, putzt, wäscht oder die Kinder erzieht. Fast 14 Prozent dieser Beschäftigten sind selbst noch Kinder unter 14 Jahren.
Auch in Deutschland gibt es nach Zahlen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mindestens 2,6 Millionen Hausangestellte. Weil sie im nichtöffentlichen Raum und oft isoliert arbeiten, sind Hausangestellte besonders anfällig für Verletzungen der Arbeitsrechte. Oft werden sie nicht oder nur schlecht bezahlt – selbst wenn es in dem Land, in dem sie arbeiten, gesetzliche Mindestlöhne gibt, gelten diese in der



Quelle: ILO (2013): Domestic workers across the world; S. 21

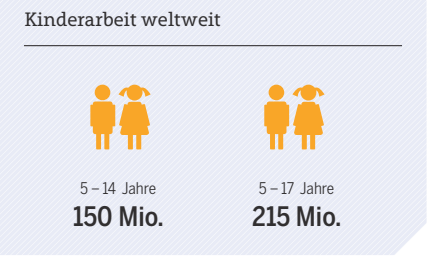
Regel nicht für sie, das Gleiche gilt für den Mutterschutz. Die Hälfte der Hausangestellten hat nicht einmal einen freien Tag in der Woche. Besonders schwer fällt es denen, die in der Wohnung ihrer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber schlafen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

2011 hat die ILO endlich eine Konvention verabschiedet, die Hausarbeit als reguläre Lohnarbeit anerkennt. Damit werden Hausangestellte mit anderen Gruppen von Beschäftigten gleichgestellt: Sie haben beispielsweise das Recht auf Mutterschutz, sind rechtlich gegen Zwangsarbeit, Missbrauch und Belästigungen geschützt, können Tarif- und Branchenlöhne beanspruchen.

Wichtig ist jetzt, dass die Konvention von möglichst vielen Ländern ratifiziert und umgesetzt wird. Dazu gehören auch die Einrichtung von Beratungsstellen und besondere Schutzmaßnahmen für misshandelte Hausangestellte sowie die Einführung existenzsichernder Löhne, um Lohndumping im Dienstleistungssektor zu verhindern.

Kinder – bei der Arbeit statt in der Schule

Kinderarbeit ist doch schon lange verboten, oder? Stimmt – entsprechende Gesetze gibt es in vielen Ländern. Und doch knüpfen Mädchen und Jungen Teppiche, hauen Steine, ackern auf Plantagen. Die Vereinten Nationen haben sich zum Ziel gesetzt, die schlimmsten Formen der Ausbeutung wie Kinderhandel, Kindersoldatentum, Kinderprostitution und gesundheitsgefährdende Kinderarbeit bis 2016 zu beseitigen.



Weltweit arbeiten heute nach Angaben des Kinderhilfswerks UNICEF 150 Millionen Kinder zwischen fünf und 14 Jahren, die meisten davon in der Landwirtschaft und in kleinen Werkstätten. Die Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geht von **215 Millionen Kinderarbeitern in der Altersgruppe von fünf bis 17 Jahre** aus. Auf jeden Fall ist die Arbeit für sie oft viel zu schwer und gefährlich, aber sie sind billiger als Erwachsene. Das trifft auch auf die Kinder in der Türkei zu, die in der Haselnussernte arbeiten. UNICEF nennt zwei weitere Beispiele: In Ecuador arbeiten Kinder und Jugendliche auf Müllkippen. Für Tausende Familien ist das Sammeln und Sortieren von Müll die einzige Einnahmequelle. Im südindischen Bundesstaat Andhra Pradesh arbeiten vor allem Mädchen in der Produktion von Baumwollsaatgut. Die Saaten werden mühevoll per Hand gekreuzt. Dabei atmen die Arbeitskräfte täglich Schädlingsbekämpfungsmittel ein, mit denen die Pflanzen behandelt wurden.

Das Problem: Familien sind zum Überleben häufig auf den Verdienst der Kinder angewiesen. Längst haben sich Kinder weltweit zusammengeschlossen. Sie fordern, arbeiten zu dürfen – aber zu ordentlichen Bedingungen. Unterstützt werden sie von Organisationen wie europaNATs (www.pronats.de). Gesucht sind Alternativen: Beispielsweise wäre denkbar, dass Kinder nur einige Stunden am Tag leichte Tätigkeiten verrichten und in der restlichen Zeit die Schule besuchen. Ziel müsste aber sein: Eltern arbeiten für einen Lohn, mit dem sie die Existenz der ganzen Familie sichern können, während für die Kinder ausreichend Schul- und Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Nur so wird den Kindern der Druck genommen, zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitragen zu müssen. Und in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sowie in der Außen- und Handelspolitik sollte konsequent auf die Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen hingearbeitet werden. Dazu gehört auch das Verbot von Kinderarbeit.

Menschen mit Behinderungen – ausgegrenzt und ohne Einkommen

Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf Arbeit wie jede und jeder andere. Das steht so auch in der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN), genauer in Artikel 27 (Schattenübersetzung). Sie haben demnach das Recht, „den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, inklusiven und für Menschen mit Behinderung zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird“.

Menschen mit Behinderung weltweit

15% =
1 Milliarde

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt, dass **15 Prozent aller Menschen weltweit eine Form der Behinderung haben**. Dies sind rund eine Milliarde Menschen, wovon etwa 80 Prozent in Entwicklungsländern leben. 82 Prozent von ihnen leben nach UN-Schätzungen unterhalb der Armutsgrenze. Die internationale Entwicklungszusammenarbeit kann dem etwas entgegensetzen, wenn sie die Belange von Menschen mit Behinderungen in der Bildungspolitik und bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen beachtet und ihre Selbstvertretungsorganisationen aktiv einbindet.

Bisher haben Menschen mit Behinderungen mitnichten die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, auch in Deutschland nicht. Die Bundesagentur für Arbeit rechnet zudem damit, dass die Zahl der Menschen mit einer Schwerbehinderung in den kommenden Jahren zunimmt – „infolge der demografischen Entwicklung und des steigenden Renteneintrittsalters“.

Statt fünf Prozent ihrer Stellen mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen, zahlen hierzulande viele Firmen ab 20 Beschäftigten lieber eine Ausgleichsabgabe, heißt es beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Die Abgabe beträgt bis zu 290 Euro pro Monat für jede nicht besetzte Pflichtstelle.

Gesundheit – durch Arbeitsbedingungen gefährdet

Gesundheit ist eine wichtige Voraussetzung für ein Leben in Würde. In Armut zu leben heißt häufig, mit starken gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu leben. Aber auch Arbeit kann Leben und Gesundheit gefährden. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind **Unfälle am Arbeitsplatz und Krankheiten, die im Zusammenhang mit der jeweiligen Arbeit entstehen, weltweit für den Tod von rund 2,3 Millionen Menschen jährlich** verantwortlich. Die immer wieder vorkommenden Brände in Textilfabriken Pakistans oder Bangladeschs, die zuletzt hunderte Tote forderten, sind nur ein Beispiel.

Dabei finden tödliche und lebensgefährliche Unfälle in erster Linie in den Entwicklungsländern statt, in denen ein großer Teil der Bevölkerung in riskanten Branchen wie Bergbau, Landwirtschaft oder Fischerei beschäftigt ist. Hier sind vor allem die Ärmsten und Ungeschütztesten in Gefahr wie Frauen, Kinder, Migrantinnen und Migranten. In den Industrieländern dagegen geht es meist um Rückenprobleme, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Stresskrankheiten wie Depressionen, die durch Überstunden, hohe Arbeitsdichte, Druck durch Vorgesetzte und Zielvorgaben ausgelöst werden.

Bei Kindern kommt erschwerend hinzu, dass sie durch die hohe Arbeitsbelastung in jungen Jahren vielfach auch in ihrer körperlichen Entwicklung zurückliegen oder dauerhafte physische und psychische Schäden davontragen. Gesundheit und Arbeitsschutz sind zentrale Voraussetzungen sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung und müssen deshalb in internationale Verhandlungen über Handelsabkommen einbezogen werden. Auch in Deutschland ansässige, vor allem multinationale Unternehmen sollten in die Pflicht genommen werden – damit sie sich internationalen Abkommen etwa über Mutter-, Gesundheits- oder Brandschutz anschließen.

Öffentliche Beschaffung – Bund, Länder & Kommunen in der Verantwortung

Bund, Länder, Städte und Gemeinden haben eine große Marktmacht, die oft unterschätzt wird. Sie brauchen nicht nur Bleistifte, Computer, Lebensmittel und Teppiche, sondern vergeben auch Aufträge für Bau- und Infrastrukturmaßnahmen, wofür zum Beispiel Steine importiert werden müssen. Vor allem die Kommunen, aber auch die **Länder kaufen in Deutschland jährlich in einem Wert zwischen 260 Milliarden und 480 Milliarden Euro** ein. Das sind rund 19 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Bund, Ländern und Kommunen steht es dabei frei, bestimmte Kriterien für den Einkauf festzulegen. So beschloss die Lübecker Bürgerschaft schon 2003, keine Produkte zu beschaffen, die mit ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt werden. Inzwischen wird die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) schon in zahlreichen Gesetzen der Länder für Kommunen empfohlen oder gefordert.

Doch bisher fehlt die tatsächliche Kontrolle der Regelungen. So sind sowohl die Anwendung als auch die Umsetzung oft dem Engagement einzelner Behörden überlassen. „Die Berücksichtigung von sozialen, ökologischen und innovativen Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung ist im April 2009 nur als ‚Kann-Vorschrift' in das Vergaberecht aufgenommen worden“, kritisiert CorA, das Netzwerk für Unternehmensverantwortung (Corporate Accountability), und fordert, dass dies in eine verbindliche Vorschrift geändert wird.

Das Bündnis, zu dem kirchliche Institutionen, Gewerkschaften, verbraucher-, umwelt- und entwicklungspolitische Verbände und Organisationen gehören, fordert, der Bund solle seine Beschaffung bis 2018 zu 100 Prozent unter Beachtung sozialer und ökologischer Kriterien organisieren. Und: Es hat einen Leitfaden erarbeitet, was Behörden tun können.

FAQs

1 **Viele Unternehmen haben sich schon selbst ethisch-soziale Richtlinien gegeben. Warum soll der Staat noch eingreifen?** Tatsächlich versprechen die meisten weltweit tätigen Konzerne, dass sie sozial und ökologisch wirtschaften. Sie erklären auch, dass sie die Rechte ihrer Angestellten weltweit schützen. Das ist gut – zunächst einmal. Doch erstens ist das leichter gesagt als getan. Die Einhaltung der freiwillig gemachten Zusagen wird oft unzureichend oder gar nicht von unabhängigen Stellen kontrolliert. Zweitens können sich Unternehmen die Aspekte der sozialen Verantwortung heraussuchen, die ihnen passen: also etwa Maßnahmen, die ihr Image verbessern, die Produktqualität erhöhen und so auch für mehr Gewinn sorgen. Das hindert sie dann teilweise nicht daran, gleichzeitig die Gründung von Betriebsräten oder Betriebsgewerkschaften zu bekämpfen, nur geringe Löhne zu zahlen oder das Thema Umweltschutz zu vernachlässigen. Problematisch an diesem freiwilligen Engagement ist zudem, dass es damit nur gelingt, einzelne Unternehmen zu mehr verantwortlichem Handeln zu bewegen, nicht jedoch die große Masse an Unternehmen mitzuziehen. Ein überall geltender Schutz von Menschenrechten und Umwelt kann so nicht zustande kommen. Im Gegenteil: Immer wieder versuchen Unternehmen mit freiwilligen Selbstverpflichtungen, weitergehende und sinnvollere gesetzliche Regelungen auszuhebeln.

2 **Was kann ich tun?** Verbraucherinnen und Verbraucher haben die Macht, durch ihr Einkaufsverhalten Einfluss zu nehmen auf Arbeitsbedingungen und Löhne. Bei sehr billig angebotenen Produkten liegt der Gedanke nahe, dass diese nicht unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellt werden konnten. Der Faire Handel hingegen gewährleistet, dass Arbeits- und Sozialstandards eingehalten und existenzsichernde Löhne bezahlt werden. Es gibt verschiedene Siegel, an denen diese Produkte erkennbar sind, aber auch fair gehandelte Eigenmarken (wie GEPA oder El Puente). Besonders in der Textilbranche führen Geschäfte und Discounter oft Produkte, die unter katastrophalen Arbeitsbedingungen und zu Hungerlöhnen hergestellt wurden. Die Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign) informiert seit Jahren darüber. Auch Lebensmitteldiscounter zahlen teilweise Löhne, von denen man nicht leben kann.

Dass Verbraucherinnen und Verbraucher auch die Macht haben, durch Boykotts etwas zu verändern, zeigt nicht nur ein Beispiel aus der Vergangenheit. So nahm beispielsweise Nestlé den mit gentechnisch verändertem Mais hergestellten Schokoriegel „Butterfinger“ nach kurzer Zeit wieder vom Markt, weil er sich aufgrund von massiven Protesten von Umweltorganisationen und Verbraucherinnen und Verbrauchern als Ladenhüter entpuppte. Und auch Shell versenkte seine Ölplattform nicht wie vorgesehen im Meer, weil Autofahrerinnen und Autofahrer die Shell-Tankstellen boykottierten. Unternehmen fürchten Verbraucherinnen und Verbraucher, da sie ihr Image ruinieren können. Es liegt also in unserer Hand!

3 **Die strikte Umsetzung von Sozialstandards macht die Produktion teurer, das verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit der ärmeren Länder auf dem Weltmarkt – stimmt das?** Es gibt keine empirischen Belege dafür, dass Länder, in denen die Agenda für menschenwürdige Arbeit (Decent Work Agenda) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verfolgt wird, im Wettbewerb schlechter abschneiden. Im Gegenteil kann beispielsweise der „soziale Dialog“ zwischen Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften helfen, soziale Spannungen abzubauen und produktiver zu arbeiten. Hinzu kommt, dass Menschen, die gute Arbeit mit einem ausreichenden Einkommen haben, durch ihre privaten Ausgaben die Binnennachfrage stützen und damit zum Wirtschaftswachstum beitragen.

4 **Es gibt doch internationale Grundsätze und Standards, an die sich multinationale Unternehmen halten müssen. Warum wirken sie nicht?** Es stimmt, dass es zum Beispiel die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte gibt oder die Leitsätze für international operierende Unternehmen von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Das sind beides freiwillige Grundsätze und Standards, die Regierungen den Unternehmen empfehlen, die in oder von ihren Ländern aus tätig sind. Da geht es unter anderem um die Bekämpfung der Korruption und um Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Problem: Da die Leitlinien nicht bindend sind, muss niemand Sanktionen fürchten. Da zumindest die UN-Leitprinzipien noch relativ neu sind, reichen sie nicht aus beziehungsweise konnten sich noch nicht bewähren. Entscheidend ist vielmehr, dass die internationale Handelspolitik mit der Arbeits- und Sozialpolitik verzahnt wird. In jedem neuen Handelsabkommen müssen also zwingend Regeln verankert werden, die menschenwürdiges Arbeiten fördern und deren Nichteinhaltung sanktioniert werden kann. Nur so entstehen mit neuen Freihandelsabkommen auch neue gute Jobs.

5 **In der informellen Wirtschaft in Entwicklungsländern sind die Arbeitsbedingungen besonders schlecht. Kommt das nicht zu kurz, weil sich alle nur um Löhne von fest Beschäftigten kümmern?** Die Agenda für menschenwürdige Arbeit (Decent Work Agenda) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beschränkt sich ausdrücklich nicht auf die formelle Wirtschaft. Denn tatsächlich ist der Bereich der informellen Wirtschaft infolge der Globalisierung extrem gewachsen, nicht nur in Afrika. Auch hier müssen die informell Beschäftigten ihre Rechte einfordern können. Dabei darf es nicht nur darum gehen, wie das Einkommen das Überleben sichern kann – hier ist die Einführung von sogenannten „living wages“, existenzsichernden Löhnen, essenziell. Was eine Person verdient, muss ausreichen, um die Bedürfnisse dieser Person, aber auch die ihrer Familie zu erfüllen.

6 **Bauen Unternehmen nicht einfach ihre Fabriken ab, wenn der Staat immer mehr reguliert?** Immer wieder warnen Wirtschaftsverbände vor einer Deindustrialisierung in Deutschland oder Europa. Das war zum Beispiel so, als die Industrie von Brüssel im Jahre 2007 erstmals verpflichtet wurde, Daten über die Umwelt- und Gesundheitsfolgen von etwa 30.000 Chemikalien vorzulegen, die dort produziert und importiert wurden. Bewahrheitet hat sich das nicht. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gehen davon aus, dass mehr Umweltschutz grundsätzlich Jobs schaffen kann. Dabei galt jede grüne Regel lange als Jobkiller. Der Internationale Gewerkschaftsbund zeigt in seiner Studie „Grüne und menschenwürdige Arbeit schaffen“, dass „grüne Jobs“ auch fair sein können.

DEINE STIMME GEGEN ARMUT fordert zur Bundestagswahl 2013: Die zukünftigen Abgeordneten des Deutschen Bundestags müssen sich dafür einsetzen, dass alle Menschen sozial abgesichert sind und von ihrer Arbeit leben können – bei uns und weltweit.

DEINE STIMME GEGEN ARMUT ist eine Aktion von VENRO und Herbert Grönemeyer. Die Aktion ist der deutsche Beitrag zum internationalen „Global Call to Action Against Poverty" (GCAP), einem zivilgesellschaftlichen Bündnis, dessen Symbol das weiße Band ist.

VENRO e. V. ist der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (NRO). Ihm gehören rund 120 deutsche NRO an, die in der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind.

KONTAKT **Aktionsteam „Deine Stimme gegen Armut"**
c/o VENRO Büro Berlin, Chausseestraße 128/129, 10115 Berlin, Telefon: 030/24 78 15 73
deinestimmegegenarmut@venro.org, www.deine-stimme-gegen-armut.de/aktiv-werden

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Kaiserstraße 201, 53113 Bonn
Telefon: 0228/94 67 70

Autorinnen
Hanna Gersmann, Beate Willms
Redaktion
Anke Scheid (VENRO), Claus Körting (VENRO, verantwortlich)
Mitarbeit
Sabine Kirchleitner (VENRO)
Endredaktion
Kirsten Prestin (VENRO)

Grafik
WIGWAM, Berlin
Druck
dieUmweltdruckerei GmbH, Hannover
Auflage
1000 Stück

Diese Broschüre wurde klimaneutral mit Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

Bonn/Berlin, April 2013

Auf http://bit.ly/YrExNu steht eine digitale Version (pdf) dieser Broschüre zum Download bereit. Darin finden sich sämtliche Quellenangaben.

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ. Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zukunftsentwickler. Wir machen Zukunft. Machen Sie mit.